

Gemeinderatssitzung vom

16. Juli 2024

Ausführlicher Bericht

Tagesordnung

Präsenzen.....	3
Öffentliche Sitzung.....	3
1. Mitteilungen des Schöffenrates	3
2. Bildungswesen	3
2.1) Musikunterricht – Provisorische Schulorganisation für das Jahr 2024/2025	3
3. Projekte und Kostenvoranschläge	5
3.1) Außerordentlicher Haushalt – 4/120/221311/22003 – Abriss des Niederkerschener Rathauses und der angrenzenden Gebäude – Gutheißen des Projektes mit Kostenvoranschlag	5
3.2) Außerordentlicher Haushalt – 4/130/221311/16007 – Bau eines neuen Rathauses – Gutheißen des Projektes mit Kostenvoranschlag	5
3.3) Außerordentlicher Haushalt – 4/624/221313/20003 – Neugestaltung der « Rue de l'Eau » – Versetzung eines Transformators vor dem Bau des neuen Rathauses – Gutheißen des Projektes mit Kostenvoranschlag	5
3.4) Außerordentlicher Haushalt – 4/130/221313/24010 – Gestaltung der « Hall 8 » im Ort « Op Zaemer » für die Bedürfnisse der technischen Gemeindedienste – Gutheißen des Projektes mit Kostenvoranschlag.....	11
4. Verträge und Konventionen.....	12
4.1) Betreuungsstrukturen – Konvention für das Jahr 2024 bezüglich der Betreuungsstrukturen für Kinder – Gutheißen.....	12
4.2) Sicona – Anlegen eines Tümpels im Ort « In Laacher » in Küntzig – Gutheißen	12
4.3) Mietvertrag im Rahmen der « cité jardinière » in Niederkerschen – Gutheißen ..	12
4.4) Mietvertrag bezüglich eines Grundstücks im Ort « Im Oberpaesch » in Linger – Gutheißen	12
4.5) Konvention bezüglich des Baus von vier Mehrfamilienhäusern in der « Avenue de Luxembourg » in Niederkerschen (Hausnummern 171, 173, 173A und 175) – Gutheißen	13
4.6) Sozialamt – Konvention für das Jahr 2024 – Gutheißen	13
4.7) Konvention bezüglich der selektiven Sammelsysteme für Verpackungen und der Kosten für Sammlung, Reinigung, Transport und Verarbeitung bestimmter Kunststoffprodukte – Gutheißen	13
5. Kommunale Raumplanung und Umwelt.....	13
5.1) Allgemeiner Bebauungsplan der Gemeinde Käerjeng – Punktuelle Abänderung – Artikel 12 – Parkplätze – Gutheißen	13
5.2) Parzellierungsantrag im Ort « 6 rue Héierchen » in Oberkerschen – Gutheißen	16

Mairie :
24, rue de l'Eau
L - 4920 Bascharage

Adresse postale :
B.P. 50
L - 4901 Bascharage

5.3)	Parzellierungsantrag im Ort « 171-175 avenue de Luxembourg » in Niederkerschen – Gutheißen	17
6.	Verwaltungsangelegenheiten	17
6.1)	Ausweisung von temporären Räumlichkeiten für die Gemeinderatssitzungen....	17
6.2)	Ausweisung von temporären Räumlichkeiten für Trauungen	17
6.3)	Sozialamt – Gutheißen der Bilanzen und Gewinn- und Verlustrechnungen für das Geschäftsjahr 2021	17
6.4)	Sozialamt – Gutheißen der Bilanzen und Gewinn- und Verlustrechnungen für das Geschäftsjahr 2022	17
7.	Kommunale Finanzen	17
7.1)	Ordentlicher Haushalt - 2/170/707120/99001 – Gewerbesteuer : Festlegen des Hebesatzes für das Jahr 2025	17
7.2)	Ordentlicher Haushalt - 2/170/707110/99001 – Grundsteuer : Festlegen der Hebesätze für das Jahr 2025	17
8.	Personalangelegenheiten	18
8.1)	Schaffen eines Integrationsarbeitsplatzes für Langzeitarbeitslose für den Bedarf des ECO-Centers	18
9.	Kommunale Verordnungen	18
9.1)	Ordentlicher Haushalt - 2/831/748350/99001 – Einführung einer Gebühr bei Verlust eines Schlüssels für ein kommunales Gebäude oder Grundstück	18
9.2)	Ordentlicher Haushalt - 2/831/748350/99001 – Einführung einer Gebühr bei Beschädigung eines kommunalen Event-Trailers	18
10.	Gutheißen von zeitlich begrenzten Verkehrsverordnungen	18
10.1)	Zeitlich begrenzte Verkehrsverordnung im Ort « Rue de Grass » in Küntzig	18
11.	Bestätigen von zeitlich begrenzten Verkehrsverordnungen	18
11.1)	Zeitlich begrenzte Verkehrsverordnung an der Kreuzung « Rue Haute / Rue de la Montagne » in Küntzig	18
11.2)	Zeitlich begrenzte Verkehrsverordnung im Ort « Rue de la Résistance » in Niederkerschen	18
11.3)	Zeitlich begrenzte Verkehrsverordnung auf dem Feldweg entlang des nationalen Radweges PC12 zwischen den Orten « Rue de la Libération » in Linger und « Am Schack » in Niederkerschen	19
12.	Vereinsleben	19
12.1)	Zuteilung der Vereinssubsidien für das Jahr 2024	19
12.2)	Zuteilung von Spenden an Vereinigungen für das Jahr 2024	19
13.	Beratende Kommissionen	19
13.1)	Ersetzen eines Mitglieds in der Sportkommission	19
14.	Fragen und Antworten	19
	Nicht-öffentliche Sitzung	20
15.	Personalangelegenheiten	20
16.	Rechtliche Angelegenheiten	20

Präsenzen

Anwesend: Michel Wolter (CSV), Bürgermeister, Yves Cruchten (LSAP), Frank Pirrotte (CSV) und Mireille Duprel (LSAP), Schöffen ; Danielle Schmit (CSV), Josée-Anne Siebenaler-Thill (déi gréng), Christian Kirwel (CSV), Louis Philippe (CSV), Nathalie Demeyer-Scholler (CSV), Tom Ferber (CSV), Jil Feipel (LSAP), Jérôme Hautus (DP) und Vincenzo Turcarelli (Piraten), Gemeinderäte ; Jean-Marie Pandolfi, Gemeindesekretär.

Entschuldigt : Arsène Ruckert (LSAP, Vollmacht zur Abstimmung an Yves Cruchten), Fernand Kartheiser (ADR), Gemeinderäte.

Beginn der Sitzung : 8:15 Uhr

Ort : Rathaus / Sitzungssaal

Öffentliche Sitzung

1. Mitteilungen des Schöffensrates

Bürgermeister Michel WOLTER: Die beiden Sitzungen von heute und morgen sind sehr wichtig, denn wir werden etwa ein Drittel der Investitionskapazität der laufenden Legislaturperiode engagieren.

Ratsmitglied Fernand Kartheiser hat sich für die beiden Sitzungen entschuldigen lassen und wird sich zum 31. August aus dem Gemeinderat verabschieden, um sich seinem Mandat als Abgeordneter im Europaparlament zu widmen. Den Posten der ADR im Gemeinderat wird ab dem 1. September Herr Joseph Hames übernehmen.

Ein vielversprechendes Gespräch hatte der Schöffensrat am 2. Juli im Innenministerium in Bezug auf ein gemeinsames Einsatzzentrum für das Rettungswesen und ein Polizeikommissariat für die Gemeinden Käerjeng und Petingen. Seit zehn Jahren wird bereits über dieses Vorhaben diskutiert. Nun hat der Innenminister sozusagen den Startschuss gegeben, und wir werden dann zu gegebenem Zeitpunkt den Standort der aktuellen Feuerwehrkaserne gegenüber der neuen Niederkerschener Vorschule auch endlich für schulische Zwecke verwenden können.

Zu den Personalwechseln des vergangenen Halbjahres möchte ich sagen, dass es vier Abgänge zu verzeichnen gibt, zwei davon sind auf das Erreichen des Rentenalters zurückzuführen. Dem gegenüber stehen 13 Neuzugänge: fünf neue Posten wurden zum ersten Mal besetzt und acht Abgänge wurden ersetzt.

2. Bildungswesen

2.1) Musikunterricht – Provisorische Schulorganisation für das Jahr 2024/2025

Bürgermeister Michel WOLTER: Die provisorische Schulorganisation für das kommende Schuljahr wird vom Direktionsbeauftragten Steve Humbert präsentiert.

Herr Steve HUMBERT: Bei der provisorischen Schulorganisation handelt es sich um eine Schätzung, wie das kommende Schuljahr in etwa aussehen wird. Die neue Gesetzgebung im kommunalen Musikunterricht und die Gehälterreform bringen leider auch ein paar Personalwechsel mit sich.

Bei den Kollektivkursen zählen wir insgesamt 13 Klassen im „*éveil musical*“ sowie 24 Klassen in der klassischen Musikausbildung. Hinzu kommt noch eine Klasse im Bereich der Jazz-Theorie. Wir haben drei Bläserensembles, fünf Chöre und acht Ensembles im Bereich Kammermusik. 643 Schüler besuchen die Kollektivkurse, die wöchentliche Anzahl an Unterrichtsminuten liegt bei 4.650.

Zu den Individualkursen: im kommenden Jahr zählen wir insgesamt 625 Schüler, wobei traditionell die meisten Schüler den Klavierkurs besuchen (184), gefolgt von klassischer und

elektrischer Gitarre (78 bzw. 21). 128 Schüler werden in allen möglichen Blasinstrumenten unterrichtet und 69 in Schlaginstrumenten. 59 Schüler besuchen die Kurse für klassischen und modernen Gesang.
Insgesamt werden wöchentlich 26.070 Minuten an Kursen angeboten.

Bürgermeister Michel WOLTER: Ich danke Herrn Humbert für die ausführlichen Erläuterungen. Die Organisation ist wie immer sehr durchdacht und zukunftsorientiert, wobei man berücksichtigen muss, dass die Zukunft in kommunalen Musikunterricht durch zwei Gesetze stark beeinträchtigt wird. Zwar erscheint die Gesetzgebung bezüglich der staatlichen Beteiligung am kommunalen Musikunterricht für die Gemeinden nun vorteilhafter als zuvor, doch durch die rezente Gehälterreform ist der Kostenpunkt für die Gemeinden dennoch gestiegen. Außerdem hat diese Reform die Gemeinden in eine Konkurrenzsituation gebracht, die es zuvor nicht gab. Man kann es den Lehrbeauftragten nicht verübeln, dass sie sich nun die für sie beste Arbeitssituation aussuchen. Für eine Musikschule bedeutet dieser Umstand allerdings eine erschwerte Planung. Wir werden uns im Herbst mit Herrn Humbert zusammensetzen, um zu sehen, wie wir in Zukunft mit der Musikschule weitermachen können.

Eine gute Nachricht gibt es, denn die Gemeinde Sassenheim hat sich nach jahrelangen Diskussionen nun dazu durchgerungen, eine Konvention mit uns zu unterzeichnen, welche die Beteiligung der Gemeinde an den Unkosten für die Schüler aus ihrer Gemeinde regelt. Dennoch möchte ich betonen, dass der geregelte Rahmen, in dem sich die Musikschule in den letzten Jahrzehnten bewegte, sich zu verändern droht, und der bisher noch überschaubare Kostenpunkt für unsere Gemeinde aus den Fugen geraten könnte. Ich bedanke mich bei Herrn Humbert und allen Lehrbeauftragten. Unsere Musikschule weist eine hohe Qualität auf, was auf zwei Jahrzehnte wertvoller Arbeit zurückzuführen ist.

Rätin Josée-Anne SIEBENALER-THILL: Auch ich möchte Steve Humbert einen großen Dank aussprechen. Es ist immer wieder beeindruckend zu hören, wie viele Ensembles sich in unserer Musikschule zusammenfinden. Natürlich ist die Entwicklung der Personalwechsel bedauerlich. Ich möchte fragen, welchen Einfluss das Prinzip des kostenlosen Musikunterrichts auf die Einschreibungen und die Kursabbrüche hat.

Herr Steve HUMBERT: Der einzige direkte Einfluss, den ich nennen kann, ist der Wegfall des Großteils der Einschreibgebühren, da wir nur noch maximal 100 € pro Schüler verrechnen dürfen. Die Anzahl der Schüler ist abhängig vom zur Verfügung stehenden Personal und schwankt lediglich durch die Beteiligung an Ensembles. Natürlich sind Ensembles besser, je mehr Schüler sich daran beteiligen, doch dies hat keinen spürbaren Einfluss auf die finanziellen Gegebenheiten. Was ich allerdings stark bemängeln muss, ist die Tatsache, dass ein Schüler, der nach dem 15. November abbricht, nicht mehr finanziell vom Staat mitgetragen wird, und das obwohl wir den jeweiligen Lehrbeauftragten für diesen Kurs weiter entschädigen müssen und ihm dann Schüler von der Warteliste hinzufügen. Unsere Schule hat jedes Jahr zwischen 80 und 100 Kursabbrüche zu verzeichnen, diese Zahl hat sich in den letzten Jahren auch nicht wesentlich verändert. Ich werde heute die provisorische Schulorganisation bestätigen und erhalte somit gleich den Betrag der staatlichen Beteiligung. Allerdings werden wir am Ende des Jahres durch die Kursabbrüche etwa 100.000 € weniger erhalten. Dies ist ein Missstand, den es beim Staat noch zu beheben gilt.

Bürgermeister Michel WOLTER: Eine vergleichbare Diskussion gibt es bei der staatlichen Beteiligung an den Betreuungsstrukturen für die Kinder, denn auch hier basiert die Berechnung der finanziellen Beteiligung des Staates auf einer theoretischen Auslastung. Es kann nicht sein, dass die Gemeinde auf Kosten sitzen bleibt, die dadurch verursacht werden, dass Leute einen Kurs abbrechen, ohne dass man ihnen diese Kosten zu Lasten tragen kann. Ich kann diese Tatsache nicht akzeptieren.

Der Staat ist dabei, immer mehr auf die Gemeinden abzuwälzen. Das zeigt sich auch im Dossier TICE, wo wir riskieren, Ausgabenerhöhungen in Millionenhöhe zu erleiden, wenn wir uns nicht zur Wehr setzen. Man muss sich fragen, wie in Zukunft die kommunalen Haushalte noch im Gleichgewicht bleiben sollen, denn all diese Entwicklungen werden heute noch von einer recht dynamischen Erhöhung der Einnahmen getragen, doch Einnahmen

können unbeständig sein, während Ausgaben strukturell sind, was das ganze System schnell zum Kippen bringen kann.

Rätin Josée-Anne SIEBENALER-THILL: Da wir heute noch über kommunale Infrastrukturen sprechen werden, wollte ich fragen, welche Lebensdauer das Gebäude der Musikschule in etwa hat und ob man sich bereits Gedanken gemacht hat, wo die Musikschule in Zukunft untergebracht werden könnte.

Bürgermeister Michel WOLTER: Die Lebensdauer der Containerstruktur, in der die Musikschule heute beheimatet ist, sollte noch etwa 18-20 Jahre betragen, je nachdem, wie gut wir das Gebäude pflegen. Wenn Ihre Frage darin besteht, ob wir uns in den kommenden drei bis sechs Jahren nach einer neuen Unterkunft für die Musikschule umsehen müssen, dann kann ich die Frage verneinen.

Rat Louis PHILIPPE: Ich bin beeindruckt von der Anzahl der Schüler in einzelnen Kursen wie Klavier und Gitarre. Gibt es dementsprechend auch Wartelisten?

Herr Steve HUMBERT: Wir haben derzeit Wartelisten für Klavier, Gitarre und klassischen Gesang.

Bürgermeister Michel WOLTER: Die Anzahl an Schülern ist abhängig von der Anzahl an Lehrbeauftragten. Deshalb haben wir uns bereits vor Jahren mit den benachbarten Musikschulen aus Differdingen und Petingen zusammengesetzt, um Lehrbeauftragte nach Möglichkeit auf Vollzeitposten zu beschäftigen und die Wartelisten möglichst klein zu halten. Dann muss man allerdings berücksichtigen, dass die Anzahl an Lehrbeauftragten den Kostenpunkt für die Gemeinde steuert. Und es kommt der Punkt, an dem man die Zielsetzung einer Musikschule in Frage stellen muss. In meinen Augen kann die Daseinsberechtigung einer kommunalen Musikschule nur darin bestehen, Nachwuchs für die örtlichen Musikvereine auszubilden. Auch muss man vielleicht über die finanzielle Beteiligung der erwachsenen Schüler diskutieren. All diese Aspekte muss man zu gegebenem Zeitpunkt unter die Lupe nehmen, wenn man als Gemeinde auch in Zukunft ein Investitionsprogramm stemmen und nicht bloß die Alltagskosten tragen möchte. Hiermit schließe ich die Diskussion und danke Steve Humbert noch einmal für seine Präsentation.

Einstimmiges Gutheißen.

3. Projekte und Kostenvoranschläge

- 3.1) Außerordentlicher Haushalt – 4/120/221311/22003 – Abriss des Niederkerschener Rathauses und der angrenzenden Gebäude – Gutheißen des Projektes mit Kostenvoranschlag
- 3.2) Außerordentlicher Haushalt – 4/130/221311/16007 – Bau eines neuen Rathauses – Gutheißen des Projektes mit Kostenvoranschlag
- 3.3) Außerordentlicher Haushalt – 4/624/221313/20003 – Neugestaltung der « Rue de l'Eau » – Versetzung eines Transformators vor dem Bau des neuen Rathauses – Gutheißen des Projektes mit Kostenvoranschlag

Bürgermeister Michel WOLTER: Wir kommen nun zu den wichtigsten Punkten auf der heutigen Tagesordnung. Der Bau eines neuen Rathauses ist etwas, das in einer Gemeinde nur etwa alle drei bis vier Generationen vorkommt. Das derzeitige Gemeindehaus stammt aus den 1960er Jahren und beherbergte anfangs neben der Gemeindeverwaltung noch weitere öffentliche Amtsstellen. Im Laufe der Zeit jedoch erwies sich das Gebäude als nicht mehr ausreichend für die kommunalen Dienste. Der Regiebetrieb musste in die ehemaligen Bushallen von Sales-Lentz umziehen. Anschließend hatten wir mit dem „WaAZ“ ein neues

Gemeindeatelier gebaut. Die technischen Mitarbeiter der Gemeindeverwaltung wurden in den ehemaligen Pavillons des LTPS untergebracht.

In den letzten zwanzig Jahren lagen die politischen Prioritäten zunächst in den Bereichen Schule, Sport, Kultur und Umwelt. Nun, da in allen Ortschaften die Infrastrukturen weitestgehend auf dem neusten Stand sind, widmen wir uns dem Rathaus. Vor etwa vier Jahren haben wir begonnen, uns konkret mit dem Projekt eines neuen Rathauses zu beschäftigen. Bereits im Jahr 2013 hatten wir das benachbarte Postgebäude zum Preis von 1.050.000 € erworben, um uns so die Möglichkeit zur Erweiterung des Standorts des Rathauses zu geben. Im gleichen Gedanken haben wir 2017 für 575.000 € auch das „Haus Thill“ neben dem Haus „An Demeyesch“ erworben.

Wir hatten eine Studie in Auftrag gegeben, um geeignete Standorte für ein neues Rathaus ausfindig zu machen. Der Standort der „Ecole du Centre“ hätte eine Alternative geboten, jedoch waren wir der Ansicht, dass dieser Standort enormes Potential bieten würde, um mittel- bis langfristig Wohnraum zu schaffen. Außerdem wäre die Gestaltung dieses Standortes weitaus kostenintensiver ausgefallen.

Nachdem wir also beschlossen hatten, das neue Rathaus am gleichen Ort zu errichten wie das derzeitige, hatten wir einer zweiten Studie vier Architekturbüros mit der Frage der Ausrichtung des Gebäudes beauftragt. Alle kamen zum gleichen Entschluss, nämlich dass das Gebäude zur Straße hin ausgerichtet werden sollte.

Wir wurden auf eine innovative Bauweise aufmerksam, welche darauf hinzielt, dass das Gebäude ohne externe Heizenergiezufuhr auskommt. Dieses Konzept, genannt 2226 (die Innentemperatur liegt beständig zwischen 22 und 26 Grad), konnten wir uns in Österreich ansehen. Nachdem wir dem Gemeinderat das Konzept in einer Arbeitssitzung im Jahr 2021 vorgestellt hatten und wir alle von dieser Bauweise überzeugt waren, sind wir auf den Weg eines Pilotprojektes für Luxemburg gegangen. Es war uns bei diesem Vorhaben stets ein Anliegen, die Akzeptanz des gesamten Gemeinderates zu haben, denn der Gesamtkostenpunkt ist beträchtlich und umso mehr ist es von Bedeutung, dass jeder hier am Tisch hinter dem Projekt steht.

Nach der heutigen Abstimmung werden wir dem zuständigen Ministerium einen Antrag zukommen lassen, das Projekt als ökologisch wertvolles und nachhaltiges Pilotprojekt genehmigt zu bekommen, und so eventuell in den Genuss von weiteren Subsidien zu kommen.

Nun haben wir also beschlossen, das neue Gebäude auf dem gleichen Standort zu bauen. Dies bringt natürlich eine ganze Reihe von Unannehmlichkeiten mit sich, denn das Personal muss während der Bauphase in provisorischen Räumlichkeiten untergebracht werden, welche dann auch dementsprechend umgestaltet werden mussten und müssen. In diesem Kontext möchte ich unseren technischen Mitarbeitern, allen voran Frau Juttel und Herrn Alvares, danken für die ganze Arbeit, die sie in den vergangenen Monaten und Jahren bereits geleistet haben, damit dieses Projekt überhaupt realisiert werden kann.

Bevor nun das neue Rathaus gebaut werden kann, gilt es zunächst, die Gebäude abzureißen, die derzeit den gewählten Standort besetzen. Diese Abrissaktionen werden sich unter dem Prinzip der Kreislaufwirtschaft abspielen. Wir werden versuchen, möglichst viele Elemente wiederzuverwerten, beziehungsweise zum Verkauf anzubieten.

Im Kellergeschoss des Rathauses steht ein Transformator, der das umliegende Viertel mit Strom versorgt. Dieser wird dementsprechend umgesiedelt werden müssen. Rundum das neue Rathaus wird ein „shared space“ entstehen. Die Arbeiten sollen im Idealfall bis 2028 abgeschlossen sein.

Ein ganze Reihe von Ausgaben wurde bereits vom Gemeinderat bewilligt: 70.000 € für den Umzug des technischen Personals in den „WAaZ“, 110.000 € für den Umbau des Gebäudes „29“ für die Bedürfnisse des administrativen Personals, 200.000 € für die Umgestaltung des Vorschulgebäudes, damit die „Kleederkummer“ und einzelne kleinere Dienststellen dorthin umziehen können. Heute geht es um den Abriss des Rathauses und der benachbarten Gebäude, ein Projekt, dessen Kostenpunkt sich auf 1.270.000 € beläuft. Der Bau des neuen Rathauses schlägt mit 28.710.000 € zu Buche, und die Umsiedlung des Transformators kostet weitere 615.000 €. Zu einem späteren Zeitpunkt kommt dann noch die Gestaltung des Außenbereichs hinzu, deren Kostenpunkt wir derzeit auf etwa 2.600.000 € schätzen. Insgesamt wird das Projekt des neuen Rathauses, inklusive der dafür notwendigen Immobilientransaktionen, 33,5 Millionen € kosten.

Frau Juttel wird uns nun durch die einzelnen Punkte führen.

Gemeindearchitektin Carole JUTTEL: Ich möchte die einzelnen Redner kurz vorstellen. Das Gebäude des neuen Rathauses wird uns vorgestellt von den Architekten Tatiana Fabeck und Frédéric Sold. Frau Elise Rein vom Ingenieurbüro Betic wird uns die spezielle Gebäudetechnik präsentieren. Herr Christian Streitz vom Büro Schroeder & Associés ist zuständig für die Statik des Neubaus und auch am Abriss beteiligt. Zu guter Letzt wird Herr Tom Ziewers vom Büro Zolid die Einzelheiten zum Umsiedeln des Transformators erläutern.

Architektin Tatiana FABECK: Zunächst möchte ich mich bedanken für Ihr Vertrauen, denn auch wir als Architekten haben nicht so oft die Gelegenheit, ein Rathaus zu planen. Wie bereits erwähnt wurde, wird das neue Gebäude in L-Form entlang der Straßen positioniert, was uns die Möglichkeit gibt, im Hinterhof einen kleinen Park mit Bäumen zu gestalten. Der Haupteingang bleibt in etwa an gleicher Stelle. Das Gebäude verfügt über drei Treppenhäuser und entspricht selbstverständlich allen Normen in Bezug auf die reduzierte Mobilität und die Sicherheit im öffentlichen Dienst. Aus urbanistischer Sicht fügt es sich gut in den bestehenden Raum des historischen Dorfkerns ein. Über dem Erdgeschoss gibt es zwei weitere Stockwerke und ein Dachgeschoss. Die Kalkputzfassade verleiht dem Gebäude eine gewisse Wärme, im Inneren wird diese warme Atmosphäre durch Materialien wie Holz und Terrazzo fortgesetzt. Im Untergeschoss ist genügend Platz für Archive und die Lagerung von diversem Material. Das Erdgeschoss besteht hauptsächlich aus öffentlich zugänglichen Büroräumlichkeiten für das Bürgeramt und das Sozialamt. In der ersten Etage befinden sich der Trausaal und der Sitzungssaal sowie diverse kleinere Versammlungsräume. Außerdem sind auf diesem Stockwerk die Finanzabteilung, der Informatikdienst und die Personalabteilung zu finden. Das zweite Stockwerk bietet Platz für die technischen Dienste und den Forstbetrieb, während der Schöffenrat, das Gemeindesekretariat und die PR-Abteilung im Dachgeschoss angesiedelt sind. Auf dem Dach wird eine Fotovoltaikanlage installiert.

Ingenieurin Elise REIN: Ich werde nun versuchen, Ihnen die Funktionsweise des Konzepts 2226 näherzubringen, welches im Prinzip ohne Zentralheizung, mechanische Lüftung und Klimaanlage auskommt. Das Vorzeigemodell für dieses Konzept ist das Gebäude, welches die Gemeindevertreter im österreichischen Lustenau besuchen konnten, und in welchem die Erfinder, die Architekten von Baumschlagler Eberle, beheimatet sind.

Das Konzept basiert auf der thermischen Kapazität des Gebäudes, also der thermischen Isolierung und der Regulierung der thermischen Schwankung. Die hohen, schmalen und zurückliegenden Fenster verringern die direkte Sonneneinstrahlung und ermöglichen einen optimierten Luftaustausch. Die Luftqualität, bestehend aus Temperatur, Luftfeuchtigkeit und Stickstoffdioxidgehalt, wird mittels diverser Sensoren ermittelt, und steuert die Fensterklappen vollautomatisch. Das Gebäude erhitzt sich nicht nur durch die Sonne und die Außentemperatur, sondern auch durch die Anwesenheit der Menschen und der betriebenen Maschinen. Die erhöhte thermische Trägheit des Gebäudes wird durch die dicken Außenmauern erreicht und verhindert eine zu schnelle Erhitzung, beziehungsweise Abkühlung der Innenräume. Bei sehr kalten Tagen kommen Strahlungsplatten zum Einsatz, die einem zu schnellen Temperaturverlust entgegenwirken. Die Kühlung geschieht zumeist über Nacht. All diese Systeme arbeiten zusammen und sorgen so für eine Raumtemperatur, die sich nur zwischen 22 und 26 Grad bewegt.

Die Sanitäreanlagen werden mittels eines Regenwassertanks gespeist. Für die Beleuchtung nutzen wir LEDs.

Die aktuelle Gesetzeslage in Bezug auf die Energieleistungsbewertung kennt die Möglichkeit der natürlichen Belüftung nicht. Die zuständigen Ämter im Wirtschaftsministerium sind jedoch offen für solch innovative Konzepte. Es gilt lediglich, das Erreichen der gewünschten Werte mittels Studien zu belegen.

Architekt Frédéric SOLD: Ich werde nun kurz auf die Budgets und den Zeitplan eingehen. Die Kosten für den Neubau liegen bei etwa 24.321.000 € ohne Honorare. Falls das Projekt heute die Zustimmung des Gemeinderates findet, sollten die Bauarbeiten sich von Mai 2025 bis Februar 2028 erstrecken.

Ingenieur Tom ZIEWERS: Der Transformator, der sich heute noch im Kellergeschoss des Rathauses befindet, muss also durch einen neuen ersetzt werden, welchen wir vor die Hausnummer 14 der „Rue de la Résistance“ setzen möchten. Das Projekt ist vielleicht recht

unspektakulär, doch der relativ hohe Kostenpunkt von 615.000 € erklärt sich unter anderem dadurch, dass insgesamt doch mehrere Kilometer an Leitungen neu verlegt werden müssen. Die Firma Eltrona wird die Gelegenheit ergreifen und an einzelnen Stellen neue Leitungen verlegen. Die Arbeiten werden sich ausschließlich im öffentlichen Raum abspielen, so dass keine Genehmigungen von Privatpersonen eingeholt werden müssen.

Gemeindearchitektin Carole JUTTEL: Mitte August werden die technischen Dienststellen der Gemeinde vom „29“ in den „WAAZ“ umziehen. Gleichzeitig werden die Ordnungshüter in das ehemalige Vorschulgebäude einziehen. Der Umzug der administrativen Dienste in den „29“ ist kurz vor Jahresende vorgesehen. Als Trausaal wird vorübergehend die „Maison Droy“ in Küntzig fungieren, während die Gemeinderatssitzungen in der ersten Etage des „Käerjenger Treff“ stattfinden werden. Wir arbeiten derzeit mit Hochdruck daran, die kommunalen Archive aus dem kürzlich von Starkregen in Mitleidenschaft gezogenen Kellergeschoss des Rathauses zu entfernen. Ein Teil der Archive wird in der „Hall Jeitz“ in Küntzig untergebracht werden. Die „Kleederkummer“ zieht im August ins Erdgeschoss der ehemaligen Vorschule.

Wir werden versuchen, die Umzugsarbeiten so zu gestalten, dass es die einzelnen Dienste während den gewohnten Öffnungszeiten normal weiter funktionieren und keine größeren Verzögerungen für die Bürger entstehen.

Was den Transformator im Kellergeschoss anbelangt, so versorgt dieser nicht nur das umliegende Wohnviertel mit Elektrizität, sondern auch eine ganze Reihe von kommunalen Infrastrukturen sowie das informatische Netzwerk, das sie untereinander verbindet. Die „Ecole du Centre“ wird von diesem Transformator entkoppelt und bekommt ihren eigenen. Die eigentlichen Arbeiten für die Umsiedlung des Transformators werden im Dezember beginnen. Im Rahmen dieser Arbeiten werden wir nicht daran vorbeikommen, einzelne Straßen während einer gewissen Zeit für den Verkehr zu sperren.

In einer nächsten Phase beginnt der Abriss der einzelnen Gebäude. Gemäß dem Konzept der Kreislaufwirtschaft werden wir versuchen, noch brauchbare Elemente entweder selber wiederzuverwerten oder aber sie an Interessenten zu verkaufen oder zu verschenken. Wir gehen davon aus, dass wir im März 2025 mit der sorgfältigen Dekonstruktion beginnen können. Die Abrissarbeiten sollten vor dem Kollektivurlaub im Sommer 2025 beendet sein. Die Bauarbeiten für das neue Rathaus sind geplant für den Zeitraum von September 2025 bis Sommer 2028. Im letzten Jahr vor der Fertigstellung widmen wir uns der Gestaltung des Außenbereichs, mit dem Abriss des Musiksaals und der Gestaltung eines „shared space“. Derzeit sind etwa 55 Personen in der Gemeindeverwaltung beschäftigt. Das neue Rathaus wird geplant mit einer Auslegung für 85 Mitarbeiter, die tatsächliche Auslastung liegt bei um 100 Mitarbeiter. Mit einigen Versammlungsräumen haben wir genügend Puffer, im zu gegebenem Zeitpunkt die Büroräumlichkeiten erweitern zu können

Bürgermeister Michel WOLTER: Wir planen also ein Gebäude, das nach seiner Fertigstellung für die nächsten 30 bis 35 ausreichend sein sollte. Zu diesem Zeitpunkt können wir nicht einschätzen, welche Kompetenzen der Staat den Gemeinden in den nächsten Jahrzehnten noch hinzufügen wird. Wir denken, dass die Reserve, die wir mit einplanen, ausreichend sein sollte.

Gemeindearchitektin Carole JUTTEL: Bevor wir mit der Planung des neuen Rathauses begonnen hatten, gab es bereits eine Reihe von Studien, deren Kosten wir in den Gesamtpostenpunkt mit einberechnen. So haben wir einen Ideenwettbewerb in Auftrag gegeben, genauso wie eine Studie, die die Bedürfnisse der einzelnen Dienststellen erfassen sollte. Wir geben uns einen Spielraum von 5% der Baukosten. Ebenfalls rechnen wir mit 5% an Indexerhöhungen während des Projektes. Die Honorare für Architekten und Ingenieure liegen insgesamt bei knapp unter 18%. Das gesamte Bauprojekt veranschlagen wir mit 28.710.000 €. Für die Abrissarbeiten gehen wir von 1.270.000 € aus, die Umsiedlung des Transformators inklusive eines neuen Transformators und einer neuen informatischen Wirbelsäule für die kommunalen Infrastrukturen sollte mit 615.000 € zu Buche schlagen.

Rätin Jil FEIPEL: Vielen Dank für die interessante Präsentation. Das Konzept „2226“ ist mir nun um einiges klarer. Da es sich um das erste öffentliche Gebäude dieser Art in Luxemburg handelt, erlaube ich mir die Frage, ob es dennoch Firmen im Land gibt, die sich bereits mit diesen Technologien auskennen.

Ingenieurin Elise REIN: Wir haben bewusst ein ansässiges Büro mit der Studie beauftragt, um unabhängig vom österreichischen Konzeptentwickler zu sein und einem luxemburgischen Betrieb die Gelegenheit zu geben, sich in diese komplexe Materie einzuarbeiten.

Gemeindearchitektin Carole JUTTEL: Es gibt zwei unterschiedliche Bereiche in Sachen Gebäudetechnik. Einerseits gibt es die gewöhnlichen technischen Installationen wie elektrische Schalttafeln und dergleichen. Andererseits haben wir die Software, die den automatisierten Luftaustausch regelt und welche wir direkt beim Konzeptentwickler erwerben, ohne uns jedoch von diesem abhängig zu machen.

Rätin Josée-Anne SIEBENALER-THILL: Danke für die interessanten Präsentationen, besonders für den gut verständlichen technischen Teil. Déi gréng begrüßen dieses innovative Projekt ausdrücklich. Dieses Pilotprojekt ohne Heizung und Klimaanlage wird das ganze Jahr über für eine angenehme Raumtemperatur zwischen 22 und 26 Grad sorgen, so dass ich davon ausgehe, dass viele Menschen sich darum streiten werden, in diesem Gebäude arbeiten zu dürfen, besonders wenn man bedenkt, dass, bedingt durch den Klimawandel, immer öfters Außentemperaturen von mehr als 30 Grad herrschen werden. Ich erlaube mir noch die Frage, ob eine Dachbegrünung vorgesehen ist.

Ingenieurin Elise REIN: Es handelt sich um ein Satteldach, so dass eine Dachbegrünung nicht möglich ist. Es wird allerdings eine Fotovoltaikanlage installiert.

Rätin Josée-Anne SIEBENALER-THILL: Der Musiksaal wird erst im Jahr 2027 abgerissen. Sind diese Kosten bereits inbegriffen?

Gemeindearchitektin Carole JUTTEL: Ja, der Kredit für die Abrissarbeiten beinhaltet alle Gebäude, die abgerissen werden müssen, und den provisorischen Zugang.

Rat Vincenzo TURCARELLI: Zu Beginn war eine Tiefgarage für das Personal vorgesehen, was dann allerdings verworfen wurde.

Bürgermeister Michel WOLTER: Das ist eine Frage des Kostenpunktes. Am Anfang hatten wir das ganze Gebäude größer geplant, mit Büroräumlichkeiten, die wir vermietet hätten, bis wir sie selbst benötigen würden. Wenn wir das Ganze dann noch unterkellert hätten mit einer Tiefgarage, hätte der Bau uns mehr als 50 Millionen gekostet, was die Finanzkapazität unserer Gemeinde komplett gesprengt hätte. Wenn es uns gelingt, das ganze Projekt mitsamt den Umzugs- und Abrissarbeiten mit 33,5 Millionen zu realisieren, entspricht dies etwa 40% des Investitionsvolumens einer Legislaturperiode. Wir dürfen nicht vergessen, dass wir auch in anderen Bereichen noch investieren müssen.

Rat Jérôme HAUTUS: Hätte der Transformator anfangs nicht an die Ecke „Rue de l'Eau / Rue du Ruisseau“ umgesiedelt werden sollen?

Gemeindearchitektin Carole JUTTEL: In einem ersten Entwurf hätte der Transformator tatsächlich auf dem kleinen Parkplatz an besagter Ecke errichtet werden sollen. Es hat sich allerdings herausgestellt, dass Creos dann ihre Leitungen zum Teil unter dem Abwasserkanal hätte verlegen müssen, und auch die Gasleitung zum Teil im Weg liegt. So wurde schnell klar, dass der Kostenpunkt in die Höhe schnellen würde. Der technische Aufwand ist ohnehin bereits beträchtlich.

Rat Christian KIRWEL: Es wurde vorhin von einer aktiven Energiespeicherung im Gebäude gesprochen. Können Sie mir das etwas näher erklären?

Ingenieurin Elise REIN: Die Energiespeicherung ist passiver Natur. Die Hitze wird auf natürlichem Wege in den Mauern und der Betonplatte gespeichert und nur langsam abgegeben.

Gemeindearchitektin Carole JUTTEL: Man kennt diesen Effekt aus alten Häusern mit dickem Mauerwerk.

Rat Christian KIRWEL: Die Raumtemperatur ist ja auch abhängig von der Präsenz von Menschen im Gebäude. Geht die Rechnung auch noch auf, wenn vielleicht zu verschiedenen Zeitpunkten weniger Menschen anwesend sind als angenommen?

Ingenieurin Elise REIN: Natürlich haben wir vorgesorgt, für den Fall, dass über gewisse Zeiträume weniger Menschen präsent wären. Aber das Grundprinzip basiert auf der Anwesenheit von Menschen sowie der Inbetriebnahme von Computern und Beleuchtung.

Rat Christian KIRWEL: Ist die Kühlung des Gebäudes auch ausreichend bei Hitzewellen, wie wir sie in den vergangenen Jahren immer öfter erlebt haben?

Ingenieurin Elise REIN: Der Kühlungseffekt wird dadurch erzielt, dass über Nacht ein verlängerter Luftaustausch stattfindet. Wir haben Simulationen aufgrund der geschätzten Klimaentwicklung bis zum Jahr 2050 durchgespielt und das Gebäude hat auch dann noch der Überhitzung gut standgehalten. Nun beinhalten die meteorologischen Modelle Hitzewellen von etwa zwei Wochen. Sollte die globale Erwärmung allerdings Hitzewellen verursachen, die zwei Monate anhalten, würde das Gebäude zum Glutofen werden. Wir sind jedoch von realistischen Szenarien ausgegangen, welche regelmäßige Hitzewellen einberechnen, die nicht länger als zwei Wochen andauern.

Architektin Tatiana FABECK: Es ist natürlich auch wichtig, die Menschen, die regelmäßig in diesem Gebäude verkehren, für ein solches Konzept zu sensibilisieren.

Ingenieurin Elise REIN: Außerdem könnte das Gebäude nicht angenehmer sein. Wenn während einer Hitzewelle in einem nicht passivem Gebäude die Klimaanlage ausfällt, wird es sehr schnell ungemütlich. Das wird hier nicht der Fall sein.

Rat Louis PHILIPPE: Dank für die Präsentation und für Ihren Mut, ein solch innovatives und zukunftsweisendes Konzept anzugehen. Ihre Simulationen wurden in einzelnen Räumlichkeiten vollzogen, wobei vor allem kleinere Büros geplant sind und keine Großraumbüros. Im Erdgeschoss ist allerdings eine Art Großraumbüro ohne durchgehende Wand vorgesehen. Funktioniert das Konzept gleichermaßen in beiden Fällen? Wie verhält sich das Ganze im Trausaal, wenn im Sommer 40 Leute zu einer Hochzeit kommen?

Ingenieurin Elise REIN: Wir haben den Trausaal einem Stresstest unterzogen, um zu sehen, ob die Luftqualität in den Normen bleibt. Die Messwerte entsprachen in etwa dem, was wir auch heute in solchen Sälen vorfinden.

Bürgermeister Michel WOLTER: Wir haben außerdem vorgesehen, dass bei guten Wetterverhältnissen Hochzeiten auch im Freien stattfinden können.

Gemeindearchitektin Carole JUTTEL: Für die Simulationen sind wir von den Räumlichkeiten ausgegangen, wie sie hier vorgestellt wurden. Es gab keine nennenswerten Abweichungen zwischen kleineren und größeren Büros.

Schöffe Yves CRUCHTEN: Ich möchte noch einmal den Mut des Schöffen- und Gemeinderates hervorstreichen, einen neuen Weg zu gehen mit einer innovativen Technik. Wir sprechen stets von Umwelt- und Klimaschutz, und deshalb ist es umso wichtiger, dass wir uns bei jedem Projekt die Frage stellen, was wir tun können, um es so umweltfreundlich wie möglich zu gestalten.

Auch möchte ich die ganze Vorarbeit, die hier geleistet wurde, nicht unerwähnt lassen. Das gesamte Personal wurde mit einbezogen und konnte seine Bedürfnisse zum Ausdruck bringen. Das Gebäude soll bekanntlich für einen längeren Zeitraum ausreichen und den einzelnen Gemeindediensten erlauben zu wachsen, um den Herausforderungen der Zukunft gerecht zu werden.

Es ist auch wichtig festzustellen, dass wir nicht einfach ein Gebäude durch ein anderes ersetzen, sondern dass bei der Ausarbeitung des Projektes darauf geachtet wurde, dass

das neue Gebäude sich optisch an den Claus-Cito-Platz angliedert und dem ganzen Viertel eine neue, etwas grünere Note verleiht. Mit der Verkehrsberuhigung in der „Rue de l'Eau“ wird das ganze Vorhaben den Ortskern von Niederkerschen erheblich aufwerten, und ich bin froh, dass wir alle zusammen den Mut haben, dieses Projekt auch trotz des nicht unwesentlichen Kostenpunktes zu verwirklichen.

Rat Louis PHILIPPE: Ich möchte hinzufügen, dass ich es ausdrücklich begrüße, dass wir hier ein echtes Ortszentrum schaffen, das es in dieser Form bisher nicht wirklich gab. Auch möchte ich die Architekten beglückwünschen, denn es ist ihnen gelungen, anstatt eines Prunkbaus, wie es ihn in vielen Gemeinden gibt, ein funktionales Gebäude zu planen, das dem Zeitgeist entspricht.

Schöffe Frank PIRROTTE: Ich möchte die Gelegenheit ergreifen, um Frau Juttel zu danken, denn seitdem wir uns einig waren, dass wir ein neues Rathaus bauen würden, hat sie sich sehr viele Gedanken gemacht. Es war ihre Idee, ein Gebäude in Lustenau zu besichtigen, an dem wir uns beim Bau des neuen Rathauses orientieren könnten. Im Rahmen des PROSUD haben wir uns vorgenommen, als Gemeinde bis zum Jahr 2050 die Klimaneutralität zu erreichen. Mit diesem Projekt gehen wir mit gutem Beispiel voran und zeigen unseren Bürgern, dass wir es ernst meinen.

Bürgermeister Michel WOLTER: Abschließend möchte ich auch allen Rednern für ihre Fragen, Anregungen und Stellungnahmen danken. Ich stelle fest, dass wir alle gemeinsam Verantwortung übernehmen in Sachen Klimaneutralität und Kreislaufwirtschaft. Dies sind zwei Themen, die wir künftig in jedes Projekt mit einfließen lassen. Die Gemeinde hat eine Vorreiterrolle gegenüber ihren Bürgern. Ich hoffe, dass wir erfolgreiche Gespräche mit dem Energieministerium führen werden und es uns gelingt, auch andere öffentliche Bauträger dazu zu bewegen, ähnliche Bauweisen in Betracht zu ziehen. Unser Rathaus wird nicht das erste Gebäude dieser Art in Luxemburg sein, denn wir haben eine gewisse Vorlaufzeit benötigt, und in Düdelingen entsteht bereits ein ähnliches Gebäude eines privaten Bauträgers, der als solcher nicht die gleichen Anforderungen zu erfüllen hat wie eine Gemeindeverwaltung. Dennoch wird es das erste öffentliche Gebäude dieser Art. Ich bin gespannt, wie die Nachfolgekosten gegenüber von klassischen Infrastrukturen aussehen werden.

Bereits im Jahr 2011 haben wir mit der Neugestaltung des Claus-Cito-Platzes die Gestaltung des Dorfzentrums begonnen und mit der Verlegung der unterirdischen Netze in den Bürgersteig dem ganzen Viertel eine einheitliche Optik verliehen. Mit dem „shared space“ werden wir dem Ganzen das I-Tüpfelchen aufsetzen. In der morgigen Sitzung werden wir uns noch der Verkehrsberuhigung widmen, was auch zur Schaffung eines echten Dorfzentrums beitragen wird.

Ich schließe ab, indem ich allen Experten danke für ihre ausführlichen Präsentationen, und schlage vor, dass wir zur Abstimmung übergehen.

Punkt 3.1): Einstimmiges Gutheißen.

Punkt 3.2): Einstimmiges Gutheißen.

Punkt 3.3): Einstimmiges Gutheißen.

3.4) Außerordentlicher Haushalt – 4/130/221313/24010 – Gestaltung der « Hall 8 » im Ort « Op Zaemer » für die Bedürfnisse der technischen Gemeindedienste – Gutheißen des Projektes mit Kostenvoranschlag

Bürgermeister Michel WOLTER: Ende des vergangenen Jahres hatte die Gemeinde eine Halle von der Firma Haeck erworben, die durch ihre Lage gleich gegenüber des Gemeindeateliers sehr interessant war für die Erweiterung der Lagermöglichkeiten der einzelnen Gemeindedienste. Der kommunale Gebäudetechniker Miguel Alvares wird uns nun das Gestaltungsprojekt vorstellen.

Gebäudetechniker Miguel ALVARES: Zunächst werden wir die Halle umzäunen, um den Zugang zu regeln. Da es sich nun um ein Gemeindegebäude handelt, gelten strengere Regeln als bei Privatbesitzern. So müssen wir einen zweiten Fluchtweg in Form einer Feuertreppe anlegen. Aus Gründen der Energieeffizienz wird die bestehende Beleuchtung

auf LED umgestellt und die Heizanlage so umgebaut, dass die Temperatur gesenkt werden kann. Um konform zu den Sicherheitsbestimmungen im öffentlichen Dienst zu sein, werden wir eine Gas- und Brandmeldeanlage installieren.

Die Halle wird vor allem Lagermöglichkeiten für das Material der kommunalen Events bieten. Unter den Büros des ersten Stockwerks werden wir Wände einbauen, um die Lagerung von wiederverwertbaren Bechern zu ermöglichen. In der ersten Etage werden wir den Bodenbelag durch Linoleum ersetzen, was die Reinigung erleichtert. Wir werden ein Regalsystem installieren, welches mittels eines Staplers befüllt wird. Für das Manövrieren der Food Trucks in der Halle schaffen wir uns einen Schubtraktor an.

Das Projekt veranschlagen wir mit 350.000 €. Die Arbeiten sollen nach Möglichkeit vor Jahresende abgeschlossen sein.

Schöffe Yves CRUCHTEN: An diesem Projekt erkennt man klar, welche Mehrkosten eine öffentliche Verwaltung gegenüber des privaten Besitzers einzurechnen hat. Allein die Tatsache, dass die Halle nun einer Gemeinde gehört, bedeutet, dass gesonderte Fluchtwege und eine Brandmeldeanlage angebracht werden müssen. Diese Ausgaben machen bereits einen beträchtlichen Teil des Gesamtpunkts aus.

Einstimmiges Gutheißen.

4. Verträge und Konventionen

4.1) *Betreuungsstrukturen – Konvention für das Jahr 2024 bezüglich der Betreuungsstrukturen für Kinder – Gutheißen*

Bürgermeister Michel WOLTER: Die Konvention für das Jahr 2024 ist unverändert gegenüber jener des Vorjahres.

Einstimmiges Gutheißen.

4.2) *Sicona – Anlegen eines Tümpels im Ort « In Laacher » in Küntzig – Gutheißen*

Bürgermeister Michel WOLTER: In Küntzig wird ein Tümpel vom Gemeindesyndikat SICONA auf einem Grundstück von Herrn Joseph Mathieu angelegt. Es entstehen keine Kosten für die Gemeinde. Die Konvention ist am 1. März 2024 in Kraft getreten und hat eine Laufzeit von neun Jahren.

Rätin Josée-Anne SIEBENALER-THILL: Déi gréng begrüßen, dass auch weiterhin solche Projekte mit dem Gemeindesyndikat SICONA realisiert werden, um der Biodiversitätskrise entgegenzuwirken.

Einstimmiges Gutheißen.

4.3) *Mietvertrag im Rahmen der « cité jardinière » in Niederkerschen – Gutheißen*

Bürgermeister Michel WOLTER: Herr Omar Jnede mietet die Parzellen 53b und 54 zur Jahresmiete von 120 €.

Rätin Josée-Anne SIEBENALER-THILL: Sind die Gärten noch immer nicht in Zwischenzeit alle vermietet oder haben schon Leute ihre Aktivität eingestellt?

Bürgermeister Michel WOLTER: Ich habe keine Kenntnis von eventuellen Vertragskündigungen. Der Großteil der zur Verfügung stehenden Parzellen ist vermietet.

Einstimmiges Gutheißen.

4.4) *Mietvertrag bezüglich eines Grundstücks im Ort « Im Oberpaesch » in Linger – Gutheißen*

Bürgermeister Michel WOLTER: Herr Cliff Priester mietet seit dem 1. April 2024 ein Grundstück mit einer Gesamtfläche von 58,25 Ar zur Jahresmiete von 87,38 €. Die Parzelle ist Teil des Naturschutzgebietes der „Lénger Wisen“ und wurde erst vor Kurzem per Vorkaufsrecht von der Gemeinde erworben. Herr Priester wollte das Grundstück erwerben, deshalb haben wir beschlossen, es ihm zu verpachten, nachdem der Vorbesitzer uns bestätigt hatte, dass das Grundstück nicht von einem anderen Landwirt genutzt wurde. Zu unserem Erstaunen meldete sich daraufhin ein lokaler Landwirt und erklärte, er würde die Wiese seit Jahren mähen, ohne jedoch, dass man dies durch einen Vertrag hätte belegen können. Dies hatte dazu geführt, dass wir diesen Punkt von der Tagesordnung der letzten Sitzung streichen mussten, um uns Gewissheit zu verschaffen.

Einstimmiges Gutheißen.

4.5) Konvention bezüglich des Baus von vier Mehrfamilienhäusern in der « Avenue de Luxembourg » in Niederkerschen (Hausnummern 171, 173, 173A und 175) – Gutheißen

Bürgermeister Michel WOLTER: Bei dieser Konvention ging es uns darum, mit einem privaten Bauträger abzuklären, dass beim Bau von vier Mehrfamilienhäusern ein Fußgängerweg zwischen der „Avenue de Luxembourg“ und einem zukünftigen Wohnviertel bleibt.

Gemeindearchitektin Carole JUTTEL: Die Konvention wurde unterzeichnet im Rahmen des Bauprojektes für vier aneinandergereihte Mehrfamilienhäuser in der „Avenue de Luxembourg“. Nach der Parzellierung wird der Gemeinde eine Parzelle abgetreten, welche als Fußgängerverbindung dienen soll.

Einstimmiges Gutheißen.

4.6) Sozialamt – Konvention für das Jahr 2024 – Gutheißen

Bürgermeister Michel WOLTER: Die Konvention für das Jahr 2024 ist unverändert gegenüber jener des Vorjahres.

Einstimmiges Gutheißen.

4.7) Konvention bezüglich der selektiven Sammelsysteme für Verpackungen und der Kosten für Sammlung, Reinigung, Transport und Verarbeitung bestimmter Kunststoffprodukte – Gutheißen

Bürgermeister Michel WOLTER: Diese Konvention betrifft vor allem die erweiterte Zusammenarbeit mit der Vereinigung Valorlux bezüglich der selektiven Sammelsysteme. Mit Inkrafttreten des Gesetzes vom 9. Juni 2022 werden die Hersteller von Tabakwaren in die Verantwortung genommen, indem sie für die Entsorgung des durch ihre Waren entstehenden Abfall aufkommen müssen. Nun ist es aber so, dass ein Großteil dieses Abfalls von den Gemeinden entsorgt wird. Über die hier vorliegende Konvention erhält die Gemeinde Käerjeng nun eine Entschädigung für die geleisteten Dienste in Höhe von rund 14.600 €, wobei die einzelnen Beträge vom Syndikat SYVICOL ausgerechnet wurden.

Einstimmiges Gutheißen.

5. Kommunale Raumplanung und Umwelt

5.1) Allgemeiner Bebauungsplan der Gemeinde Käerjeng – Punktuelle Abänderung – Artikel 12 – Parkplätze – Gutheißen

Bürgermeister Michel WOLTER: Hier geht es nun um die zweite Abstimmung bezüglich der punktuellen Abänderung unseres P.A.G.. Nach dem ersten Gutheißen hat das

Innenministerium Stellung bezogen, und heute wird der Gemeinderat darauf antworten, damit es zu einem endgültigen Beschluss in diesem Dossier kommen kann.

Gemeindearchitektin Carole JUTTEL: Das erste Gutheiß des Gemeinderates war am 4. Dezember 2023. Im Gegensatz zum Bautenreglement, das nach dem Gutheiß des Gemeinderates in Kraft tritt, sieht die Prozedur des Flächennutzungsplans mehrere Etappen vor.

Die Abänderung betrifft die minimal verlangte Anzahl der Stellplätze bei den unterschiedlichen Wohngebäuden, je nach ihrer Zuweisung. Das Innenministerium hatte uns darauf aufmerksam gemacht, dass der Begriff des Haushalts für die Festlegung von Regeln so nicht mehr gebraucht werden kann. Stattdessen müssen wir nun im Bautenreglement klar definieren, was ein Einfamilienhaus, eine Eigentumswohnung oder eine Mietwohnung mit möblierten oder nicht möblierten Zimmern ist. Diese Regeln legen fest, welche Bedingungen erfüllt sein müssen, damit ein Haus oder eine Wohnung in eine gewisse Kategorie fällt. Die Zusammensetzung eines Haushalts wird auf nationaler Ebene in Gesetzestexten definiert. Der kommunale Flächennutzungsplan legt in seinem Artikel 12 fest, welche Anzahl von Stellplätzen für die jeweiligen Typen von Wohneinheiten verlangt sind. Mit der Abänderung legen wir fest, dass ein Haus mit einer Einliegerwohnung beispielsweise zwei innere Parkplätze benötigt. Ebenso wird ein Schlüssel festgelegt für die verlangte Anzahl an Stellplätzen im Fall von möblierten oder nicht möblierten Zimmern, die vermietet werden. Außerdem haben wir ein paar textuelle Anpassungen vorgenommen, um etwaigen Interpretationsdivergenzen vorzubeugen.

Diesen Text haben wir nach der Gemeinderatssitzung vom vergangenen 4. Dezember in die Prozedur geschickt. Es gab keine Reklamationen seitens der Bürger. Die staatliche Raumplanungskommission hatte allerdings mehrere Beanstandungen. Man kritisiert, dass die von uns festgelegten Bestimmungen die Menschen zur Schaffung von Parkplätzen ermutigen und von daher nicht zur allgemeinen Ausrichtung des Nationalen Mobilitätsplans passen. Wir sehen das anders, denn wir sind in großen Zügen mit der Ausrichtung des PNM 2035 einverstanden und unsere Politik zielt in die gleiche Richtung. Wir sind uns aber bewusst, dass nahezu jeder Erwachsene ein Auto besitzt. Wir wollen jedoch nicht, dass alle Autos im öffentlichen Raum abgestellt werden.

Da wir keinen Gegensatz zur Ausrichtung des PNM 2035 sehen, schlagen wir vor, beim initialen Text zu bleiben.

Rätin Josée-Anne SIEBENALER-THILL: Die Stellungnahme der Raumplanungskommission spricht der Sektion déi gréng aus dem Herzen. Genau wie die staatliche Instanz verstehen wir nicht, weshalb bei einem Einfamilienhaus auf einmal die Flexibilität von Stellplätzen nicht mehr möglich ist und es unbedingt ein äußerer und ein innerer Stellplatz sein müssen, und zwei innere nicht mehr ausreichen.

Gemeindearchitektin Carole JUTTEL: Zwei innere Stellplätze reichen immer noch aus. Zwei innere Stellplätze sind mehr als ein innerer und ein äußerer.

Rätin Josée-Anne SIEBENALER-THILL: Das ist nicht das, was im Text steht, denn „*soit deux emplacements à l'intérieur*“ wurde gestrichen.

Gemeindearchitektin Carole JUTTEL: Ich stimme Ihnen zu, das kann man so interpretieren. Ich denke, wir haben hier einen Fehler gemacht, indem wir diesen Teilsatz gestrichen haben.

Bürgermeister Michel WOLTER: Ich schlage vor, dass wir diese Textänderung rückgängig machen und in abgeänderter Form zur Abstimmung bringen.

Rätin Josée-Anne SIEBENALER-THILL: Genau wie déi gréng stellt die Kommission fest, dass es im Bestand oft nicht möglich ist, nachträglich innere Stellplätze zu schaffen und so vielen Leuten die Möglichkeit genommen wird, eine Einliegerwohnung in ihrem Haus zu einzurichten.

Die Argumentation des Schöffenrates, zwei innere Stellplätze seien der Standard für Häuser, die zwischen 1970 und 2000 in unserer Gemeinde gebaut wurden, können wir nicht nachvollziehen. Anscheinend würden diese Häuser sich gut eignen für das Schaffen einer

Einliegerwohnung. Und was ist mit all den Häusern, die vor dieser Zeit gebaut wurden, und jenen aus den letzten zwei Jahrzehnten? Wir denken, dass das die Mehrzahl der Häuser in unserer Gemeinde ist. Dürfen all diese Eigentümer kein Elternteil, kein erwachsenes Kind, kein Betreuungspersonal, keinen Student und keinen Flüchtling mehr bei sich aufnehmen? Was sind das für unsoziale Maßnahmen? Dass im Dezember nicht auf die Argumentation von déi gréng gehört wurde, können wir aus politischer Sicht noch nachvollziehen, doch spätestens nach dem Gutachten der Raumplanungskommission hätten zumindest die Vertreter der LSAP auf ihrem sozialen Ohr wach werden müssen. Setzen sie sich nicht mehr für die kleinen Leute ein, sondern nur noch für die, die sich auch in Zukunft noch große Häuser mit zwei Garagen und Stellplätzen leisten können? Und alle Vertreter des CSV, der christlich-sozialen Volkspartei, Entschuldigung, aber es wirkt als ob sie sich auch nur mit diesen Begriffen schmücken.

Déi gréng sind schockiert. Wir haben immer gedacht, dass in dieser Gemeinde eine gewisse Durchmischung möglich sein sollte, doch das scheint nun vorbei zu sein. Ein paar Sozialwohnungen werden weiterhin noch für das gute Gewissen geschaffen, und weil es dafür staatliche Unterstützung gibt, doch weder Wohngemeinschaften noch andere Wohnformen, die vom Staat definiert wurden, um dem Wohnungsbauproblem entgegenzuwirken, scheinen in der Gemeinde Käerjeng willkommen zu sein.

Hier wird dem Gutachten der Raumplanungskommission, der sich mit unserer Überzeugung deckt, nicht Rechnung getragen, deshalb werden déi gréng auch dieses Mal diese punktuelle Abänderung des P.A.G. betreffend die Stellplätze nicht mittragen.

Schöffe Yves CRUCHTEN: Ich bin etwas überrascht von meiner Vorrednerin und möchte etwas richtigstellen. Es gibt keine weiteren Einschränkungen, mit dieser Abänderung erweitern wir die Möglichkeiten der Leute sogar.

Wir versuchen, einem Problem Herr zu werden. In fast jeder Gemeinderatssitzung sind wir konfrontiert mit Parzellierungsanträgen, Einfamilienhäuser in Wohnvierteln werden abgerissen und durch Wohnungshäuser ersetzt. Wir müssen dafür sorgen, dass genügend Garagenstellplätze eingeplant werden, um zu verhindern, dass Autos im öffentlichen Raum abgestellt werden müssen. In dieser Optik wollten wir diese Abänderung auf den Weg bringen und nach einer gewissen Zeit Bilanz ziehen, um zu sehen, ob wir die gewünschte Wirkung erzielen konnten. Ich bin der festen Überzeugung, dass wir den Menschen hier nicht mehr verbieten, sondern im Gegenteil, ihnen mehr Freiraum geben.

Rätin Josée-Anne SIEBENALER-THILL: Ich bin einverstanden, wenn es um Neubauten geht. Allerdings sollten wir diese Möglichkeiten auch den Eigentümern von bestehenden Häusern geben. Ich denke da an ältere Menschen, deren Kinder das Haus verlassen haben, die dann beispielsweise eine Einliegerwohnung für Pflegepersonal in ihrem Haus haben wollen. Da sollte man klar differenzieren.

Bürgermeister Michel WOLTER: Wir haben bisher den Begriff des Einfamilienhauses definiert als Haus, in dem eine Familie wohnt, also ein Haushalt bestehend aus Personen, die miteinander verwandt sind. Das staatliche Gutachten ist in meinen Augen gar nicht so lobenswert wie Sie es gerade dargestellt haben. Es wird nämlich überhaupt kein Unterschied gemacht zwischen einzelnen Gemeinden und ihren jeweiligen Problematiken. Käerjeng wird also genau so betrachtet wie Differdingen und Esch.

Unser Flächennutzungsplan wurde einstimmig vom Gemeinderat gutgeheißen. Aus diesem Dokument geht klar hervor, dass wir eine gewisse Wohnform haben wollen: dichter bewohnt im Zentrum, weniger dicht in den abgelegeneren Wohnvierteln. Der Staat verlangt nun, dass wir die Definition eines Haushaltes streichen, deshalb haben wir unsere Regeln komplett überarbeitet und versucht, einige Vereinfachungen einzuführen. Die Stellplatzproblematik ist ja nur ein Teil des Ganzen. Wir möchten nicht, dass beispielsweise ein Einfamilienhaus, in dem eine Familie mit zwei Autos wohnt, zu einer Wohngemeinschaft wird, in der fünf Menschen leben, die alle ein eigenes Auto haben, und dann vier Autos in der Straße geparkt werden.

Wenn man seine Mutter zu sich ins Haus holt, dann wird sie im gleichen Haushalt angemeldet. Eine Einliegerwohnung jedoch ist etwas ganz anderes. Hier kommen zwei Parteien zusammen, die an sich nichts miteinander zu tun haben. Deshalb verlangen wir, dass das Haus in diesem Fall auch über zwei Garagenstellplätze verfügen muss.

Ich möchte ganz einfach verhindern, dass in unseren Wohnvierteln aus jedem Einfamilienhaus ein Mehrfamilienhaus wird, denn das entspricht nicht dem, was wir mit unserem Flächennutzungsplan alle erreichen wollten. Nun müssen wir etwas ändern, weil der Staat uns zwingt, den traditionellen Begriff der Familie aus den Verordnungen zu streichen. Also müssen wir Bedingungen festlegen, die erfüllt sein müssen, damit Einfamilienhäuser in unterschiedlichen Wohnformen bewohnt werden können.

Rätin Josée-Anne SIEBENALER-THILL: Die Kritik der staatlichen Kommission in Bezug auf den PNM 2035 habe ich so verstanden, dass der Mobilitätsplan vermehrt auf den öffentlichen Transport setzt und in Zukunft vielleicht weniger Autos gebraucht werden. Deshalb haben wir uns diesem Gutachten angeschlossen.

Bei einer Einliegerwohnung sehen wir nach wie vor nicht ein, weshalb ein zweiter Garagenstellplatz verlangt wird und ein äußerer nicht ausreicht.

Bürgermeister Michel WOLTER: Ich habe bereits erklärt, dass wir eine Einliegerwohnung als zweite Familie betrachten und wir deshalb einen zweiten inneren Stellplatz verlangen.

Gemeindearchitektin Carole JUTTEL: Wir haben festgestellt, dass immer öfter Häuser gekauft werden, um daraus ein Haus mit Einliegerwohnung zu machen und beides dann vermietet wird.

Bürgermeister Michel WOLTER: Wir werden uns bei diesem Punkt nicht einig. Ich verbitte mir jedoch diese Aussagen bezüglich der LSAP, die nicht mehr für die kleinen Leute entstehen würde und die CSV, die sich nur noch mit den Begriffen „christlich“ und „sozial“ schmücken würde.

Rat Louis PHILIPPE: Ich habe das Gefühl, dass wir eine Vermischung machen zwischen möblierten Zimmern, in denen die maximal erlaubte Anzahl an erwachsenen Personen definiert ist, und einer Wohngemeinschaft, die nach meiner Auffassung nicht zu vergleichen ist mit zwei oder mehr Familien. Von daher macht die Bestimmung mit zwei inneren Stellplätzen nur wenig Sinn, wenn es sich um zwei hintereinanderliegende Stellplätze handelt.

Gemeindearchitektin Carole JUTTEL: Im Bautenreglement ist genau definiert, wie man ein Einfamilienhaus definiert, eine Wohnung, ein Studio oder eine Einliegerwohnung. Letzteres kann beispielsweise nur in einem Einfamilienhaus entstehen, muss abgetrennt sein und mindestens 60 Quadratmeter haben sowie einen separaten Zugang. Die kleinste Form des Wohnens ist ein gemietetes Zimmer. Hier muss man unterscheiden, ob man beispielsweise die eigene Mutter zu sich ins Haus oder in die Wohnung holt, oder ob man ein Zimmer zur Miete anbietet.

Bürgermeister Michel WOLTER: Und nun möchte ich zur Abstimmung übergehen.

Gutheißen bei 13 JA-Stimmen (CSV, LSAP, DP, Piraten) gegen eine NEIN-Stimme (déi gréng).

5.2) Parzellierungsantrag im Ort « 6 rue Héierchen » in Oberkerschen – Gutheißen

Gemeindearchitektin Carole JUTTEL: Dieses Vorhaben des Wirtschaftsministeriums hat den Gemeinderat nun bereits ein paar Mal beschäftigt. Nach der Parzellierung entsteht eine große Parzelle und eine kleinere hintendran.

Bürgermeister Michel WOLTER: Ist die hintere Parzelle dann noch bebaubar?

Gemeindearchitektin Carole JUTTEL: Nach der Parzellierung wäre sie es zunächst nicht, da es keinen Zugang gibt.

Bürgermeister Michel WOLTER: Dann stimmen wir hier über etwas ab, das im Nachhinein nicht bebaubar sein wird. Ich bin mir nicht sicher, ob wir das zur Abstimmung bringen

können. Wir müssen als Gemeinderat dafür sorgen, dass jede Parzelle innerhalb des Bauperimeters bebaubar bleiben muss.

Der Punkt wird von der heutigen Tagesordnung gestrichen.

5.3) Parzellierungsantrag im Ort « 171-175 avenue de Luxembourg » in Niederkerschen – Gutheißen

Gemeindearchitektin Carole JUTTEL: Der Parzellierungsantrag sieht die Unterteilung in 5 Parzellen vor, um den Bau von 4 Apartmentgebäuden zu ermöglichen und einen Fußgängerweg zwischen der „Avenue de Luxembourg“ und der zukünftigen Wohnsiedlung „Am Leem“ anlegen zu können.

Einstimmiger Gutheißen.

6. Verwaltungsangelegenheiten

6.1) Ausweisung von temporären Räumlichkeiten für die Gemeinderatssitzungen

Bürgermeister Michel WOLTER: Die Gemeinderatssitzungen werden für einen begrenzten Zeitraum, bis zur Fertigstellung des neuen Rathauses, im zweiten Stockwerk des „Käerjenger Treff“ stattfinden.

Einstimmiges Gutheißen.

6.2) Ausweisung von temporären Räumlichkeiten für Trauungen

Bürgermeister Michel WOLTER: Für den gleichen Zeitraum werden die Trauungen in der „Maison Droy“ in Küntzig zelebriert, welche Teil des neuen Küntziger FestsaaIs ist.

Einstimmiges Gutheißen.

6.3) Sozialamt – Gutheißen der Bilanzen und Gewinn- und Verlustrechnungen für das Geschäftsjahr 2021

6.4) Sozialamt – Gutheißen der Bilanzen und Gewinn- und Verlustrechnungen für das Geschäftsjahr 2022

Bürgermeister Michel WOLTER: Die Jahresbilanzen des Sozialamtes für die Jahre 2021 und 2022 liegen vor, so wie sie vom Verwaltungsrat gutgeheißen wurden.

6.3) *Einstimmiges Gutheißen.*

6.4) *Einstimmiges Gutheißen.*

7. Kommunale Finanzen

7.1) Ordentlicher Haushalt - 2/170/707120/99001 – Gewerbesteuer : Festlegen des Hebesatzes für das Jahr 2025

Bürgermeister Michel WOLTER: Der Schöffenrat schlägt vor, den Hebesatz bei 350% zu belassen.

Einstimmiges Gutheißen.

7.2) Ordentlicher Haushalt - 2/170/707110/99001 – Grundsteuer : Festlegen der Hebesätze für das Jahr 2025

Bürgermeister Michel WOLTER: Der Schöffenrat schlägt keine Abänderungen gegenüber des Vorjahres vor. Der Staatsminister hat kürzlich eine nationale Lösung in Aussicht gestellt,

was die direkt bebaubaren Flächen anbelangt. Das ist sehr begrüßenswert, denn ich sehe nicht, wie eine Gemeinde diese Problematik jeweils auf ihre eigene Weise lösen soll.

Einstimmiges Gutheißen.

8. Personalangelegenheiten

8.1) Schaffen eines Integrationsarbeitsplatzes für Langzeitarbeitslose für den Bedarf des ECO-Centers

Bürgermeister Michel WOLTER: Wir beschäftigen zurzeit eine Person über einen zeitlich begrenzten Arbeitsvertrag in einer Beschäftigungsmaßnahme für Langzeitarbeitslose. Die Person hat sich in den letzten Monaten als sehr zufriedenstellender Mitarbeiter herausgestellt. Wissend, dass der Betroffene sich aufgrund seines fortgeschrittenen Alters nicht mehr auf dem geregelten Arbeitsmarkt durchsetzen wird, möchten wir ihm einen endgültigen Arbeitsplatz anbieten.

Einstimmiges Gutheißen.

9. Kommunale Verordnungen

9.1) Ordentlicher Haushalt - 2/831/748350/99001 – Einführung einer Gebühr bei Verlust eines Schlüssels für ein kommunales Gebäude oder Grundstück

Bürgermeister Michel WOLTER: Der Schöffenrat schlägt eine Gebühr in Höhe von 50 € vor.

Einstimmiges Gutheißen.

9.2) Ordentlicher Haushalt - 2/831/748350/99001 – Einführung einer Gebühr bei Beschädigung eines kommunalen Event-Trailers

Bürgermeister Michel WOLTER: Die vorgeschlagene Gebühr in Höhe von 250 € deckt die Selbstbeteiligung der Gemeinde im Beschädigungsfall.

Einstimmiges Gutheißen.

10. Gutheißen von zeitlich begrenzten Verkehrsverordnungen

10.1) Zeitlich begrenzte Verkehrsverordnung im Ort « Rue de Grass » in Küntzig

Einstimmiges Gutheißen.

11. Bestätigen von zeitlich begrenzten Verkehrsverordnungen

11.1) Zeitlich begrenzte Verkehrsverordnung an der Kreuzung « Rue Haute / Rue de la Montagne » in Küntzig

Einstimmiges Gutheißen.

11.2) Zeitlich begrenzte Verkehrsverordnung im Ort « Rue de la Résistance » in Niederkerschen

Einstimmiges Gutheißen.

11.3) Zeitlich begrenzte Verkehrsverordnung auf dem Feldweg entlang des nationalen Radweges PC12 zwischen den Orten « Rue de la Libération » in Linger und « Am Schack » in Niederkerschen

Einstimmiges Gutheißen.

12. Vereinsleben

12.1) Zuteilung der Vereinssubsidien für das Jahr 2024

Bürgermeister Michel WOLTER: Die Vereinssubsidien haben sich gegenüber des Vorjahres kaum geändert. Die Sportsubsidien wurden wie immer von der Sportkommission basierend auf einem Punktesystem ausgerechnet. Mittlerweile hat jeder aktive Verein die Umweltcharta unterzeichnet. Einige Vereine haben aufgrund fehlender Aktivität keinen Antrag eingereicht.

Einstimmiges Gutheißen.

12.2) Zuteilung von Spenden an Vereinigungen für das Jahr 2024

Bürgermeister Michel WOLTER: Die Liste setzt sich auf insgesamt 59 Vereinigungen zusammen, welchen jeweils eine Spende in Höhe von 25 € zugeteilt wird.

Einstimmiges Gutheißen.

13. Beratende Kommissionen

13.1) Ersetzen eines Mitglieds in der Sportkommission

Bürgermeister Michel WOLTER: Der Fußballverein U.N. Käerjéng'97 schlägt vor, Herrn James Thomes durch Herrn Christian Bour zu ersetzen.

Einstimmiges Gutheißen.

14. Fragen und Antworten

Rätin Josée-Anne SIEBENALER-THILL: In den vergangenen Jahren kamen bei den kommunalen Festivitäten stets Gutscheine zum Einsatz. So haben auch viele Bürger ihre restlichen Gutscheine aufgehoben, um sie bei der nächsten Festivität wieder ausgeben zu können. Nun wurde das in diesem Jahr ohne Ankündigung geändert, so dass die Feierlichkeiten zum Nationalfeiertag die letzte Möglichkeit zum Einlösen von Gutscheinen waren.

Bürgermeister Michel WOLTER: Die Gutscheine können auch weiterhin bei der nächsten Gelegenheit eingelöst werden.

Rätin Josée-Anne SIEBENALER-THILL: Das Schuljahr 2023/2024 ist nun zu Ende. In diesem Kontext wollten wir wissen, welche Kinderaktivitäten in der Natur während des abgelaufenen Schuljahr als Kompensation für die SICONA-Kindernachmittage stattgefunden haben und wie viele Kinder daran teilgenommen haben.

Bürgermeister Michel WOLTER: Das kann ich nicht aus dem Stand beantworten. Wir werden die Antwort nachreichen.

Rat Jérôme HAUTUS: In Küntzig wird die alte Linde am Daniel-Hautus-Platz demnächst gefällt, da der kranke Baum nicht mehr zu retten ist. Wäre es vielleicht möglich, ein Gedenkschild mit dem Baum in seiner vollen Pracht aufzustellen?

Bürgermeister Michel WOLTER: Ich denke, eine dezente Gedenktafel sollte möglich sein.

Rat Tom FERBER: In Fingig fragen sich die Bürger, ob es bereits Pläne für ein eventuell geplantes Dorfzentrum gibt. Außerdem wurde ich gefragt, ob eine Fußgänger Verbindung zwischen Fingig und Küntzig möglich wäre.

Bürgermeister Michel WOLTER: Die Fußgänger Verbindung ist leider nicht möglich, da der Hang entlang der Straße zu steil ist. Zum Dorfkern ist zu sagen, dass wir den Hof der Familie Thorn erworben haben. Wir haben allerdings zu diesem Zeitpunkt noch keinen Plan, wie wir den Dorfkern gestalten werden. Dieses Projekt gehört nicht zu den jetzigen Prioritäten.

Rat Louis PHILIPPE: Die Kreuzung „Rue Centrale“ mit der „Rue Nicolas Margue“ ist etwas unübersichtlich, wenn man aus der „Rue Centrale“ nach links abbiegen möchte. Dort befindet sich eine kleine Grünanlage mit recht hohem Bewuchs. Diese Anlage sollte vielleicht von unseren Gärtnern gemäht werden.

Bürgermeister Michel WOLTER: Ich bitte um etwas Nachsicht. Die meteorologischen Verhältnisse der letzten Monate haben dafür gesorgt, dass alle Pflanzen recht schnell gewachsen sind. Unsere Mitarbeiter sind dabei, sich um alle Anlagen zu kümmern.

Rat Louis PHILIPPE: Das Bushäuschen an der Haltestelle „Märchen“ in Richtung Hiwingen liegt voll von Zigarettenstummel.

Bürgermeister Michel WOLTER: Das gehört zum Kompetenzbereich der Mannschaft von Proaktiv. Wir werden das weitergeben.

Rat Louis PHILIPPE: Bei der Gaststätte in Fingig hat der letzte Betreiber eine ganze Reihe von Elektrogeräten auf der Terrasse zurückgelassen. Wer kümmert sich nun um die Entsorgung?

Schöffe Yves CRUCHTEN: Wir sind dabei, eine Bestandsaufnahme zu machen, um zu sehen, was in der Gaststätte überhaupt noch brauchbar ist. Bei der Gelegenheit werden wir uns auch um die Entsorgung des nicht mehr brauchbaren Materials kümmern.

Nicht-öffentliche Sitzung

15. Personalangelegenheiten

Gemäß des Bestimmungen des Gemeindegesetzes wurde dieser Punkt unter Ausschluss der Öffentlichkeit behandelt.

16. Rechtliche Angelegenheiten

Gemäß des Bestimmungen des Gemeindegesetzes wurde dieser Punkt unter Ausschluss der Öffentlichkeit behandelt.

Ende der Sitzung: 12:40 Uhr